

Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft

Einführungsvorlesung BM3

Freitag 8:00 – 10:00, Gebäude 1208, Hörsaal A 001 „Kesselhaus“

Kursplan (1)

1. Grundlagen der Vergleichenden Politikwissenschaft

- (1) Einführungssitzung
- (2) Methodische Grundlagen der Vergleichenden Politikwissenschaft
- (3) Handlungstheorie als Verständnisgrundlage politischen Handelns

2. Die institutionelle Struktur demokratischer Regierungssysteme

- (4) Demokratie als Grundlage politischer Systeme
- (5) Exekutive und Legislative in Parlamentarismus (1)
- (6) Exekutive und Legislative in Präsidialismus und Semi-Präsidialismus (2)
- (7) Vetopunkte: Föderalismus, zweite Kammern, Verfassungsgerichte und Direkte Demokratie

Kursplan (2)

3. Politische Akteure und deren Interessen

- (8) Wahlsysteme
- (9) Cleavages, Parteiensysteme, Interessengruppen, Kultur

4. Theoretische Konzepte der Vergleichenden Politikwissenschaft

- (10) Konsens- und Mehrheitsdemokratien
- (11) Vetopunkte und Vetospieler

5. Prüfungen

- (12) Modulabschlussklausur BM3

Worum es heute geht

- Clark, William R./Matt Golder/Sona Golder, 2013: Principles of Comparative Politics, Los Angeles: Sage, Chapter 12: Parliamentary, Presidential and Semi-Presidential Democracies, 457-534
- Polen. Opposition aus dem Präsidentenpalast, FAZ, 23.10.2007
 - Warum kann der polnische Präsident versuchen, Einfluss auf die Besetzung von Außen- und Verteidigungsminister zu nehmen? Wer ist der konkurrierende Akteur?
 - Wem steht dieses Recht in einem parlamentarischen System zu?
- Verwaltungsstillstand in Amerika. Mitte Oktober droht die Zahlungsunfähigkeit, FAZ, 1.10.2013
 - Warum legt der Kongress die Finanzierung der Regierung lahm?
 - Ist dies auch in einem parlamentarischen System zu erwarten?

Exekutive und Legislative in Parlamentarismus (1)

Lernziele der Vorlesung:

1. Kenntnis der Abgrenzung der drei Grundtypen demokratischer Regierungen
2. Kenntnis der Theorien zu Regierungsbildung und –stabilität in parlamentarischen Systemen
3. Kenntnis der Theorien zu Regierungsbildung und –stabilität in präsidentiellen Systemen
4. Kenntnis der Besonderheiten von semi-präsidentiellen Systemen

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Regierungsform: Präidentialismus

Regierungsform: Semi-Präidentialismus

Zusammenfassung

Grundlegende Frage

Die grundlegende Frage für die Klassifikation von demokratischen Systeme lautet:

In welchem Verhältnis stehen Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament?

- Wer ernennt/wählt wen?
- Und wer kann wen entlassen/abwählen?

Ziel: Erstellung einer Klassifikation!

Klassifikation als Instrument der vergleichenden Politikwissenschaft

- Arten von Klassifikationen
 - Taxonomie (eindimensional)
 - Typologie (mehrdimensional)
- Grundvoraussetzungen einer Klassifikation (Wichtig!)
 - Vollständigkeit
 - Überschneidungsfreiheit

Grundsätzliches Beispiel einer Typologie mit 4 Kategorien und 9 Beispielländern

		Variable 2 (z.B. DD)	
Variable 1 (z.B. Föderalismus)		Ausprägung 1 (Demokratie)	Ausprägung 2 (nicht Demokratie)
	Ausprägung 1 (föderal)	Typ 1 (Land A, C)	Typ 2 (Land B, F)
	Ausprägung 2 (nicht föderal)	Typ 3 (Land D, I)	Typ 4 (Land E, G, H)

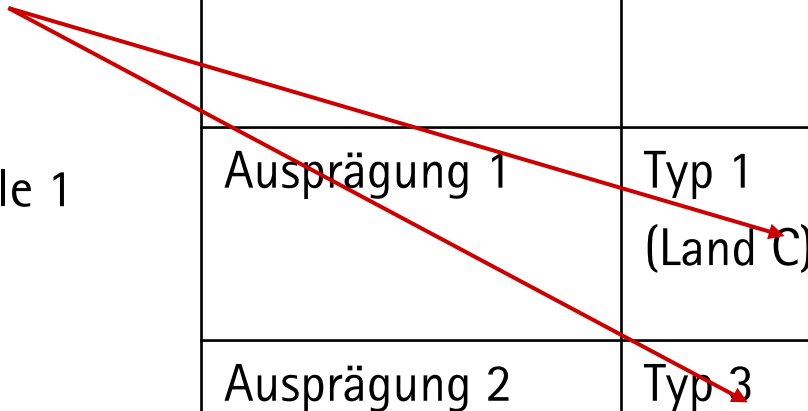
Überschneidungsfreiheit muss gewährleistet sein! Land A darf nicht gleichzeitig in 2 Kategorien gehören

		Variable 2	
Variable 1		Ausprägung 1	Ausprägung 2
	Ausprägung 1	Typ 1 (Land A, C)	Typ 2 (Land A, B, F)
	Ausprägung 2	Typ 3 (Land D, I)	Typ 4 (Land E, G., H)

Vollständigkeit muss gewährleistet sein! Land A muss in eine der vier Kategorien passen

		Variable 2	
Variable 1		Ausprägung 1	Ausprägung 2
	Ausprägung 1	Typ 1 (Land C)	Typ 2 (Land B, F)
	Ausprägung 2	Typ 3 (Land D, I)	Typ 4 (Land E, G, H)

Land A?



Verschieden Klassifikationsversuche des Verhältnisses der drei Akteure Parlament, Regierung, Staatsoberhaupt

Unter anderem:

- Steffani 1979 (in Deutschland viel diskutiert)
- Duverger 1980
- Lijphart 1984
- Shugart/Carey 1992
- Przeworski et al. 2000 (PACL)
- Shugart 2005

Bisher gibt es keine akzeptierte Klassifikation, die die beiden Kriterien (vollständig und überschneidungsfrei) komplett erfüllt
Insbesondere die Schweiz und Israel (1996–2003) stellen sich als problematisch bei der Einordnung dar

Bekannte, aber problematische Klassifikationen von Presidentialismus und Parlamentarismus

- Winfried Steffani (1979): Parlamentarische und präsidentielle Demokratie
 - Primärkriterium ist Abberufung der Regierung
 - Sekundärkriterium ist die Dualität der Exekutive
 - Tertiärkriterium: monarchisch oder republikanisch
 - Problem: Schweiz / Frankreich / Wahlverfahren
- Arend Lijphart (1984): Democracies
 - Abberufung der Regierung
 - Wahl des Staatsoberhauptes
 - Dualität der Exekutive nicht relevant in der Typologie
 - Problem: Gleiche Machtverteilung in der dualen Exekutive wie Frankreich

Weiterer Klassifikationsansatz: Herkunft (Wahl) und Überleben (Abwahl) der Regierung (1)

- Shugart 2005: Semi-Presidential Systems
- Die ersten beiden Kriterien der jeweiligen Idealtypen betreffen die „Herkunft“ und das „Überleben“ der Regierung
 - Wie kommt die Regierung ins Amt? (Herkunft, origin)
 - Wie überlebt die Regierung im Amt? (Überleben, survival)
- Wir können diese beiden Dimensionen nutzen, um vier Grundtypen von Regierungssystemen zu unterscheiden
 - zwei reine Typen
 - zwei Mischtypen
- Problem: Löst die Zuordnung Israel und Schweiz, jedoch ist die Zuordnung der semi-präsidentiellen Systeme nicht eindeutig.

Weiterer Klassifikationsansatz: Herkunft (Wahl) und Überleben (Abwahl) der Regierung (2)

	Abberufbarkeit durch das Parlament	Keine Abberufbarkeit durch das Parlament
Auswahl der Regierung durch das Parlament	parlamentarisch z.B. UK, Deutschland	versammlungsunabhängig Schweiz
Auswahl der Regierung durch das Volk	direktwahl-parlamentarisch Israel (1996-2003)	präsidientell z.B. USA, Latein-amerika

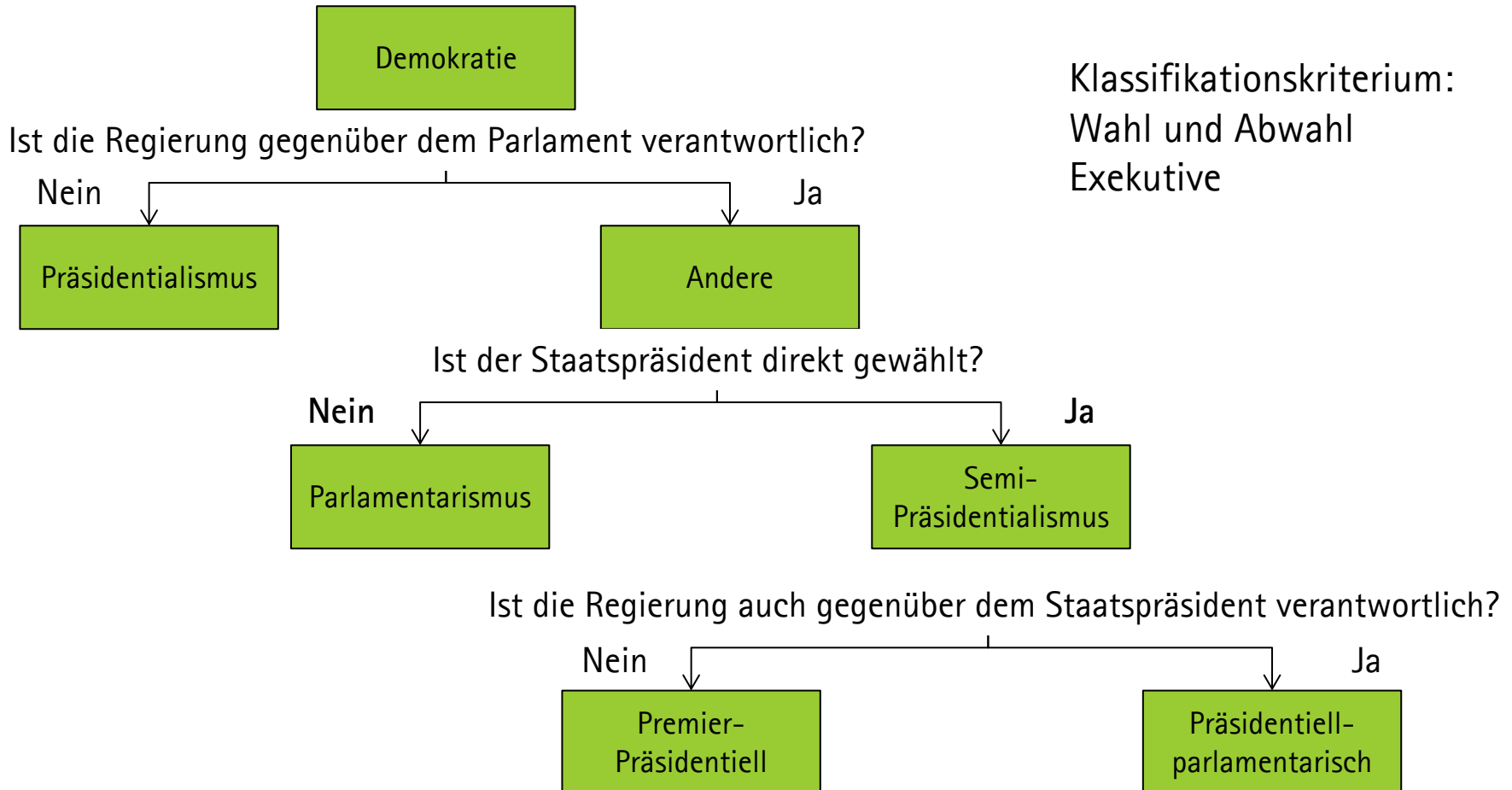
Weiterer Klassifikationsansatz: Herkunft (Wahl) und Überleben (Abwahl) der Regierung (3)

	Abberufbarkeit durch das Parlament	Keine Abberufbarkeit durch das Parlament
Auswahl der Regierung durch das Parlament	parlamentarisch BEL, DÄN, FIN, DEU, GRE, IRL, ITA, LUX, MAL, NL, NOR, ESP, SWE, UK, EST, LET, SLO, TSCH Semi-präsidentielle Systeme FRA, POR, RUM, SLO, PL, ISL, LIT, BUL, ÖST	versammlungsunabhängig Schweiz
Auswahl der Regierung durch das Volk	direktwahl-parlamentarisch Israel (1996-2003)	präsidentiell Zypern Semi-präsidentielle Systeme FRA, POR, RUM, SLO, PL, ISL, LIT, BUL, ÖST

Problem: Löst das Problem Schweiz und Israel, aber nicht das Problem Semi-Präsidentialismus (Uneindeutig)

Döring/Hönnige 2005: 455

Klassifikation demokratischer Systemtypen Cheibub et al. (2000) sowie Shugart/Carey (1992)



Zusammenfassende Klassifikation demokratischer Systemtypen aus Cheibub et al. und Shugart/Carey

Gegenüber wem ist die Regierung verantwortlich?

	Parlamentarismus	Semi-Präsidentialismus		Präsidentialismus
		Premier-präsidentiell	Präsidentiell-parlamentarisch	
Parlament	ja	ja	ja	nein
Präsident	nein	nein	ja	ja

Problem: Löst das Problem Schweiz nicht eindeutig, sowie Uneindeutigkeit der Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen Parlamentarismus und premier-präsidentiellen Systemen

Clark/Golder/Golder 2012: 507

In welchem Verhältnis stehen Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament?

- Bisher gibt es keine abschließende und einheitliche Klassifikation möglicher Systemtypen, die die üblichen Kriterien einer Klassifikation erfüllt
- Um besser zu verstehen, wie die unterschiedlichen Systeme funktionieren, ist es möglich und sinnvoll, ihre internen Abhängigkeiten als Auftraggeber und Auftragnehmerverhältnis zu verstehen
- Hierzu hilft der Prinzipal-Agent-Ansatz weiter

Principal Agent Ansatz – Grundidee (1)

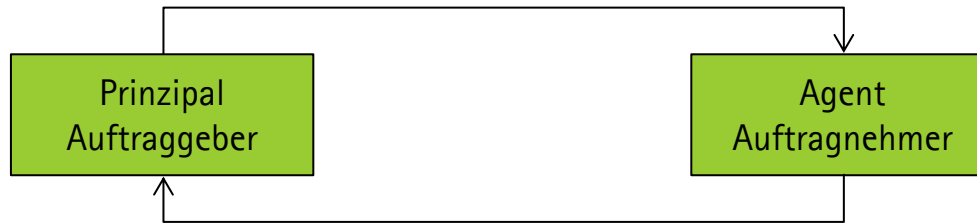
- Prinzipal (Auftraggeber) delegiert eine Aufgabe an einen Agenten (Auftragnehmer). Dieser soll den Auftrag für eine Gegenleistung ausführen und ist dem Auftraggeber gegenüber verantwortlich
- Probleme
 - Ziele/Präferenzen Auftragnehmer weichen vom Auftraggeber ab
 - Agency Loss: Der Auftragnehmer integriert seine eigenen Vorstellungen und setzt die Ziele des Auftraggebers nicht vollständig um
 - Informationsasymmetrie Auftraggeber und Auftragnehmer
 - Moral Hazard: Der Auftragnehmer kann Handlungen durchführen, die dem Auftraggeber verborgen bleiben
 - Adverse Selection: Bestimmte Eigenschaften/Einstellungen des Agenten sind dem Prinzipal nicht bekannt

Principal Agent Ansatz – Grundidee (2)

- Überwachungsmechanismen des Auftraggebers
 - Ex-ante: Auswahl des Agenten
 - Ex-post: Kontrolle des Agenten
 - Fire alarm: Kontrolle nach Alarmmeldung
 - Police patrol: Regelmäßige Kontrolle
- Transaktionskosten
 - Kosten für Vertragsschließung
 - Kosten für Überwachung
- Keine vollständige Überwachung des Auftragnehmers möglich
 - Transaktionskosten entstehen

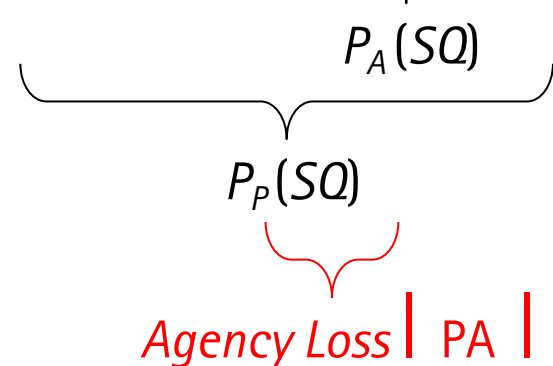
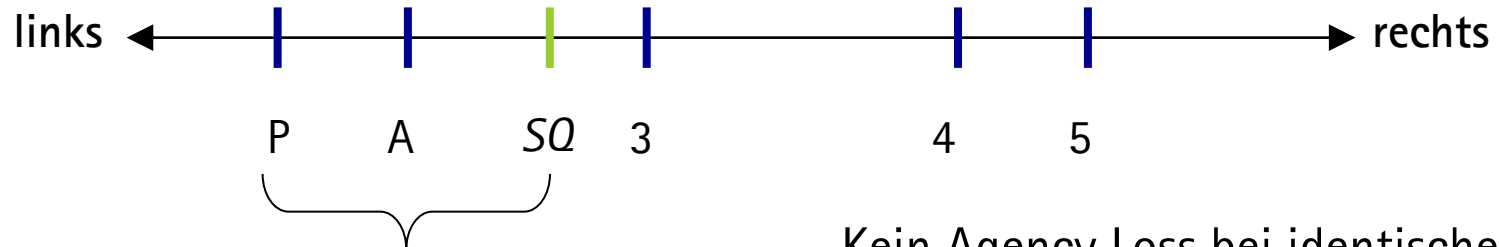
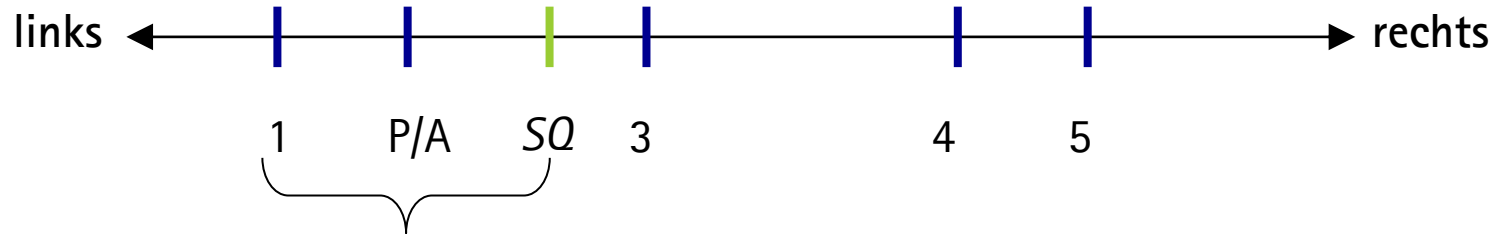
Delegation und Verantwortlichkeit (Accountability)

1. Delegation einer Aufgabe mittels Vertrag (Transaktionskosten)
2. Monitoring des Agenten (Transaktionskosten)



1. Verantwortlichkeit für Aufgabenerfüllung (Accountability)
2. Informationsasymmetrie / Moral Hazard / **Agency Loss**

Principal Agent Ansatz – Agency Loss



Kein Agency Loss bei identischen Präferenzen (oben)

Agency Loss | PA | . Der Agent (A) wählt seinen Idealpunkt statt den des Prinzipals (P), der das Ergebnis akzeptiert, weil Teil seiner Präferenzmenge

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Eigenschaften

Typen von Regierungen

Regierungsbildung

Kabinettszusammensetzung

Regierungsstabilität

Regierungsform: Präidentialismus

Regierungsform: Semi-Präidentialismus

Zusammenfassung

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Eigenschaften

Typen von Regierungen

Regierungsbildung

Kabinettszusammensetzung

Regierungsstabilität

Regierungsform: Präidentialismus

Regierungsform: Semi-Präidentialismus

Zusammenfassung

Grundprinzip parlamentarischer Systeme (1)



- Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg
- Act of Settlement 1701, Act of Union 1707
- In einer „beschränkten“ Monarchie ab 1715 als Georg I von England
- Herausbildung des parlamentarischen Systems
- Premier: Robert Walpole (Whigs)

Grundprinzip parlamentarischer Systeme (2)

[...] In such constitutions there are two parts (not indeed separable with microscopic accuracy, for the genius of great affairs abhors nicety of division): first, those which excite and preserve the reverence of the population--the DIGNIFIED parts, if I may so call them; and next, the EFFICIENT parts--those by which it, in fact, works and rules. [...] The Queen is only at the head of the dignified part of the Constitution. The Prime Minister is at the head of the efficient part. [...]

The efficient secret of the English Constitution may be described as the close union, the nearly complete fusion, of the executive and legislative powers. [...] The legislature, chosen, in name, to make laws, in fact finds its principal business in making and keeping an executive [...]

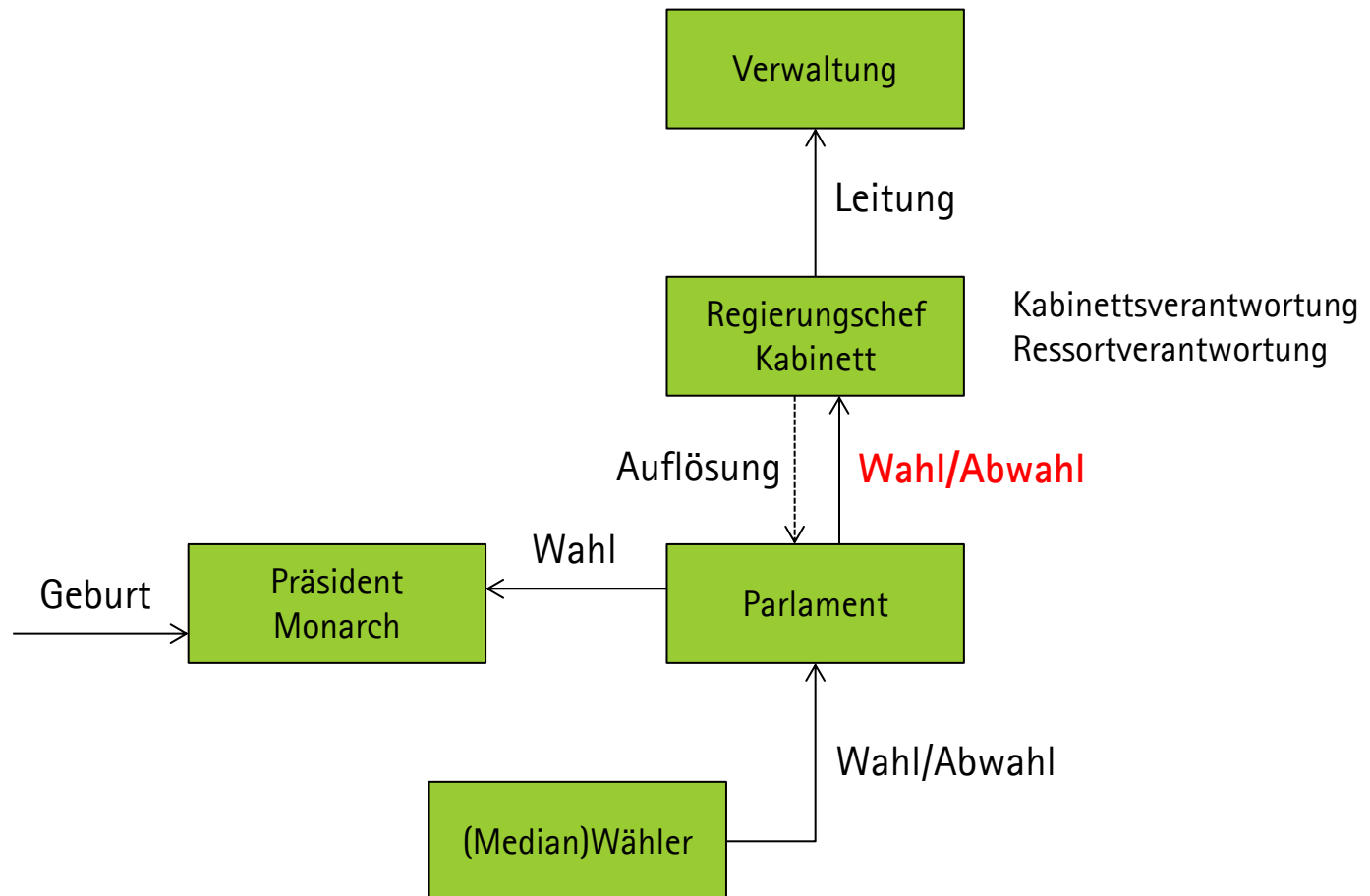
The connecting link is the Cabinet. By that new word we mean a committee of the legislative body selected to be the executive body. The legislature has many committees, but this is its greatest. It chooses for this, its main committee, the men in whom it has most confidence. [...]

The leading Minister so selected has to choose his associates, but he only chooses among a charmed circle. The position of most men in Parliament forbids their being invited to the Cabinet; the position of a few men ensures their being invited. Between the compulsory list whom he must take, and the impossible list whom he cannot take, a Prime Minister's independent choice in the formation of a Cabinet is not very large [...]

(Walter Bagehot 1867, The English Constitution)

Also featured in: Netflix,
The Crown, Staffel 1,
Folge 7, Scientia
Potentia Est

Idealtypische Delegationskette im parlamentarischen System



Idealtyp Parlamentarismus

1. Zwei primäre Merkmale des Parlamentarismus

- Exekutive (Regierung) geht aus der Legislative (Parlament) hervor. Hierzu ist aber nicht unbedingt eine Investiturabstimmung erforderlich
- Abberufbarkeit der Regierung durch Parlament: Die Regierung kann zu jedem Zeitpunkt aus politischen Gründen durch ein einfaches/konstruktives Misstrauensvotum der Parlamentsmehrheit abgewählt werden
- „Throwing the rascals out“

2. Sekundäre Merkmale des Parlamentarismus

- Neben den primären Merkmalen gibt es noch sekundäre, nicht überall vorhandene Merkmale
- Sowie einige Ausnahmeländer

Grundlegende Abhängigkeitsmechanismen in einem parlamentarischen System

- Investiturabstimmung: Abstimmung über Regierungschef und/oder Kabinett zu Beginn der Legislaturperiode durch das Parlament
- Einfaches Misstrauensvotum: Abwahl des Regierungschefs bzw. einzelner Minister durch das Parlament
- Konstruktives Misstrauensvotum: Abwahl der alten Regierung nur durch Wahl einer neuen Regierung durch das Parlament
- Vertrauensfrage: Durch Regierungschef gegenüber der Parlamentsmehrheit. Bei Niederlage Parlamentsauflösung
- Parlamentsauflösung: Parlamentsauflösung durch Regierungschef bzw. Kabinett (nicht immer möglich – fixed term parliaments)

Variation des primären Merkmals parlamentarischer Systeme: Abberufung

- Primärmerkmal: Abberufungsmöglichkeit der Regierung durch die Parlamentsmehrheit
- Fokus: Verhältnis von Exekutive und Legislative
- Graduelle Abstufungsmöglichkeiten
 - Rücktrittspflicht bei Verlust einer Gesetzesvorlage auch ohne verlorenes Misstrauensvotum
 - Rücktrittspflicht bei verlorenem Misstrauensvotum mit einfacher Mehrheit
 - Rücktrittspflicht bei verlorenem Misstrauensvotum mit absoluter Mehrheit
 - Rücktrittspflicht bei konstruktivem Misstrauensvotum mit absoluter Mehrheit

Abberufung der Regierung in Westeuropa 1945–1990

	AUT	BEL	DEN	FIN	FRA	GER	GRE	ICE	IRL	ITA	LUX	NET	NOR	POR	SPA	SWE	UK
Resignation on defeat of major bill																	
Rule	-	-	-	-	-	-	-	-	+	-	-	-	-	-	-	-	-
Practice	-	+	+	+	-	-	-	-	+	-	+	-	-	-	-	+	-
Resignation rules																	
Positive	-	-	-	-	+	+	+	-	-	-	-	-	-	+	+	+	-
Negative	+	+	+	+	-	-	-	+	+	+	+	+	+	-	-	-	+
Reasons of termination ¹⁾ 1945- 1990	18	35	27	42	23	23	9	20	17	49	15	21	23	11	8	21	18
- N of gov.	0	8	10	3	1	2	0	3	5	15	1	3	3	4	0	1	1
- no parl. support	0	23	37	7	4	9	0	15	29	31	7	14	13	36	0	5	6
% no parl. support																	

De Winter 1995: 138

Sekundäre Merkmale des Parlamentarismus

- Sekundärmerkmale müssen nicht erfüllt werden, werden es aber zumeist
- Fokus: Verhältnis von Exekutive und Legislative
- 5 mögliche Sekundärmerkmale
 1. Wahl des Regierungschefs durchs Parlament
 2. Auflösbarkeit des Parlaments durch Regierungschef
 3. Billigung der Regierungsvorlagen durch hohe Fraktionsdisziplin
 4. Zugehörigkeit der Minister zum Parlament
 5. Überwiegende Herkunft der Minister aus dem Parlament

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Eigenschaften

Typen von Regierungen

Regierungsbildung

Kabinettszusammensetzung

Regierungsstabilität

Regierungsform: Präsidentialismus

Regierungsform: Semi-Präsidentialismus

Zusammenfassung

Fünf Grundtypen von Regierungen, kombiniert durch Mehrheitsstatus und Parteienzahl

		Mehrheitsstatus		
Parteienzahl		Minderheits- regierung	Mehrheits- regierung	Übergroße Mehrheit
	Eine Partei	Einparteien- minderheits- regierung	Einparteien- mehrheits- regierung	
	Koalitions- regierung	Minderheits- koalition	Minimal- gewinn- koalition	Übergroße Koalition

Empirisches Auftreten von Regierungsformen in Europa, 1945 (WE)/1990 (OE)–2003

	Minderheits- regierung	Mehrheits- regierung	Übergroße Mehrheit
Eine Partei	Einparteien- minderheitsregierung WE: 17,4% OE: 10,2% EU: 16,6%	Einparteien- mehrheitsregierung WE: 14,4% OE: 3,4% EU: 13,1%	
Koalitions- regierung	Minderheits- koalition WE: 10,2% OE: 20,3% EU: 11,4%	Minimalgewinn- koalition WE: 31,6% OE: 42,4% EU: 32,8%	Übergroße Koalition WE: 26,4% OE: 10,2% EU: 16,6%

WE: Westeuropa, OE: Osteuropa, EU: Europäische Union

Gallagher/Laver/Mair 2006: 401

Übergroße Regierungen

- Übergroße Koalitionen kommen eher selten vor
- Sie beinhalten mehr Parteien, als zur Aufrechterhaltung des Regierungsstatus nötig wären
- Es gibt eine Reihe von Variablen, die das Auftreten von übergroßen Koalitionen beeinflussen:
 - Policy-Variablen
 - Nationale Krise / Krieg (erhöht Wahrscheinlichkeit)
 - Umstrittene Policies (erhöht Wahrscheinlichkeit)
 - Senkung des Erpressungspotenzials (erhöht Wahrscheinlichkeit)
 - Institutionelle Variablen
 - Supermajorität oft erforderlich (erhöht Wahrscheinlichkeit)
 - Geheime Abstimmungen (erhöht Wahrscheinlichkeit)

Minderheitsregierungen

- Minderheitsregierungen sind ein ziemlich normales Phänomen in Europa
- Ca. 28% aller Regierungen sind Minderheitsregierungen in der EU
- Es gibt eine Reihe von Variablen, die das Auftreten von Minderheitsregierungen beeinflussen:
 - Policy-Variablen
 - Zersplitterung der Opposition (erhöht Wahrscheinlichkeit)
 - Zentrale Lage der Regierungsparteien (erhöht Wahrscheinlichkeit)
 - Institutionelle Variablen
 - Investiturabstimmung (senkt Wahrscheinlichkeit)
 - Hoher Oppositionseinfluss (erhöht Wahrscheinlichkeit)
 - Agendakontrolle der Regierung (erhöht Wahrscheinlichkeit)

Erklärung des Auftretens von Minderheitsregierungen Hypothesen [und Operationalisierung]

- Unabhängige Variablen, Hypothesen [und ihre Messung]
 - H1: Opposition: je stärker die Opposition, desto häufiger treten Minderheitsregierungen auf [Laver/Hunt 1992, Experten 1-9]
 - H2: Korporatismus: Wenn ein Land korporatistisch ist, treten Minderheitsregierungen öfter auf [Garrett 1998, Gewerkschafteranteil, 1-5]
 - H3: Investiturabstimmung: Wenn eine Investiturabstimmung benötigt wird, treten Minderheitsregierungen seltener auf [Institutionelle Regel, 0-1]
 - H4: Starke Partei: Wenn es eine starke Partei gibt, treten Minderheitsregierungen öfter auf [Laver/Shepsle 1996, 0-1]
- Abhängige Variable: Minderheitsregierung (0-1)
- Beobachtungen: Alle Regierungen Westeuropa 1945-1998

Hypothesentest: Erklärung des Auftretens von Minderheitsregierungen

Table 12.7 Testing Theories of Minority Governments in Parliamentary Democracies

Dependent Variable: Did a Minority Government Form? 1 = Yes, 0 = No

Variables	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4	Model 5
Opposition strength	0.31*** (0.06)				0.34*** (0.10)
Corporatism		0.78*** (0.25)			0.93*** (0.34)
Investiture vote			-0.89*** (0.18)		-1.08*** (0.36)
Strong party				-0.54** (0.22)	-0.23 (0.33)
Constant	-1.65*** (0.30)	-2.73*** (0.89)	0.44*** (0.14)	0.34* (0.18)	-4.38*** (1.44)
Observations	219	101	219	142	81
Log likelihood	-131.26	-64.10	-138.69	-95.43	-35.17

Abhängige Variable

Modelle

Unabhängige Variablen

Koeffizient und Vorzeichen

Standardfehler

Konstante (pro Modell)

Fallzahl (pro Modell)

Source: Data are from the Comparative Parliamentary Democracy (CPD) project (Müller and Strøm 2000; Strøm, Müller, and Bergman 2003).

Notes: Cells show coefficients from a probit model with robust standard errors in parentheses. * greater than 90 percent significant; ** greater than 95 percent significant; *** greater than 99 percent significant.

Clark/Golder/Golder 2012: 487

Hypothesentest: Erklärung des Auftretens von Minderheitsregierungen

Table 12.7 Testing Theories of Minority Governments in Parliamentary Democracies

Dependent Variable: Did a Minority Government Form? 1 = Yes, 0 = No

Variables	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4	Model 5	
Opposition strength	0.31*** (0.06)				0.34*** (0.10)	✓ Richtiges Vorzeichen, Signifikant
Corporatism		0.78*** (0.25)			0.93*** (0.34)	✓ Richtiges Vorzeichen, Signifikant
Investiture vote			-0.89*** (0.18)		-1.08*** (0.36)	✓ Richtiges Vorzeichen, Signifikant
Strong party				-0.54** (0.22)	-0.23 (0.33)	✗ Falsches Vorzeichen
Constant	-1.65*** (0.30)	-2.73*** (0.89)	0.44*** (0.14)	0.34* (0.18)	-4.38*** (1.44)	
Observations	219	101	219	142	81	
Log likelihood	-131.26	-64.10	-138.69	-95.43	-35.17	

Source: Data are from the Comparative Parliamentary Democracy (CPD) project (Müller and Strøm 2000; Strøm, Müller, and Bergman 2003).

Notes: Cells show coefficients from a probit model with robust standard errors in parentheses. * greater than 90 percent significant; ** greater than 95 percent significant; *** greater than 99 percent significant.

Clark/Golder/Golder 2012: 487

Wesentliche Ansatzpunkte für die Interpretation von Regressionsergebnissen

- Modelle: Führen unterschiedliche (Konstellationen von) unabhängigen Variablen ein
- Fallzahl: Ist die Fallzahl ausreichend groß? Variiert sie stark über Modelle hinweg? Je größer die Fallzahl, desto besser
- Vorzeichen des Koeffizienten: Ist der Zusammenhang positiv oder negativ? Er muss den Erwartungen entsprechen (Vorsicht: Manchmal auch 0 bis 1/ größer 1 bei logistischer Regression, wenn Effektkoeffizient angegeben)
- Größe des Koeffizienten: Je größer der Koeffizient, desto stärker der Zusammenhang (Vorsicht: Interpretation variiert zwischen Verfahren)
 - OLS Regression: Je größer A, desto größer B
 - Logistische Regression: Je größer A, desto wahrscheinlicher B
- Signifikanz: Ist der Zusammenhang nicht nur zufällig in der Stichprobe? Signifikanzniveaus 0.1%, 1%, 5% und 10% durch Sternchen angezeigt. Je höher das Signifikanzniveau, desto besser
- Standardfehler: Gibt an, wie stark die durchschnittliche Abweichung von der Ideallinie ist. Je kleiner der Standardfehler im Verhältnis zum Koeffizienten, desto besser

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Eigenschaften

Typen von Regierungen

Regierungsbildung

Kabinettszusammensetzung

Regierungsstabilität

Regierungsform: Präidentialismus

Regierungsform: Semi-Präidentialismus

Zusammenfassung

Wie kann Koalitionsbildung für Minimalgewinnkoalitionen erklärt werden?

- Handlungsmotive von Politikern
 - Vote: entfällt, da bereits gewählt....
 - Office: Ämter sind ein politischer Preis
 - Policy: Politik kann endlich umgesetzt werden
- Diverse institutionelle Regeln, z.B. Investiturabstimmung, Formateur etc.
 - Formateur schlägt den Koalitionsbildner vor. Wichtig, insbesondere wenn mehrere Alternativen möglich sind.
 - Investiturabstimmung: Wahl des Regierungschefs zu Beginn der Legislaturperiode

Office-gebundene Koalitionstheorien (1)

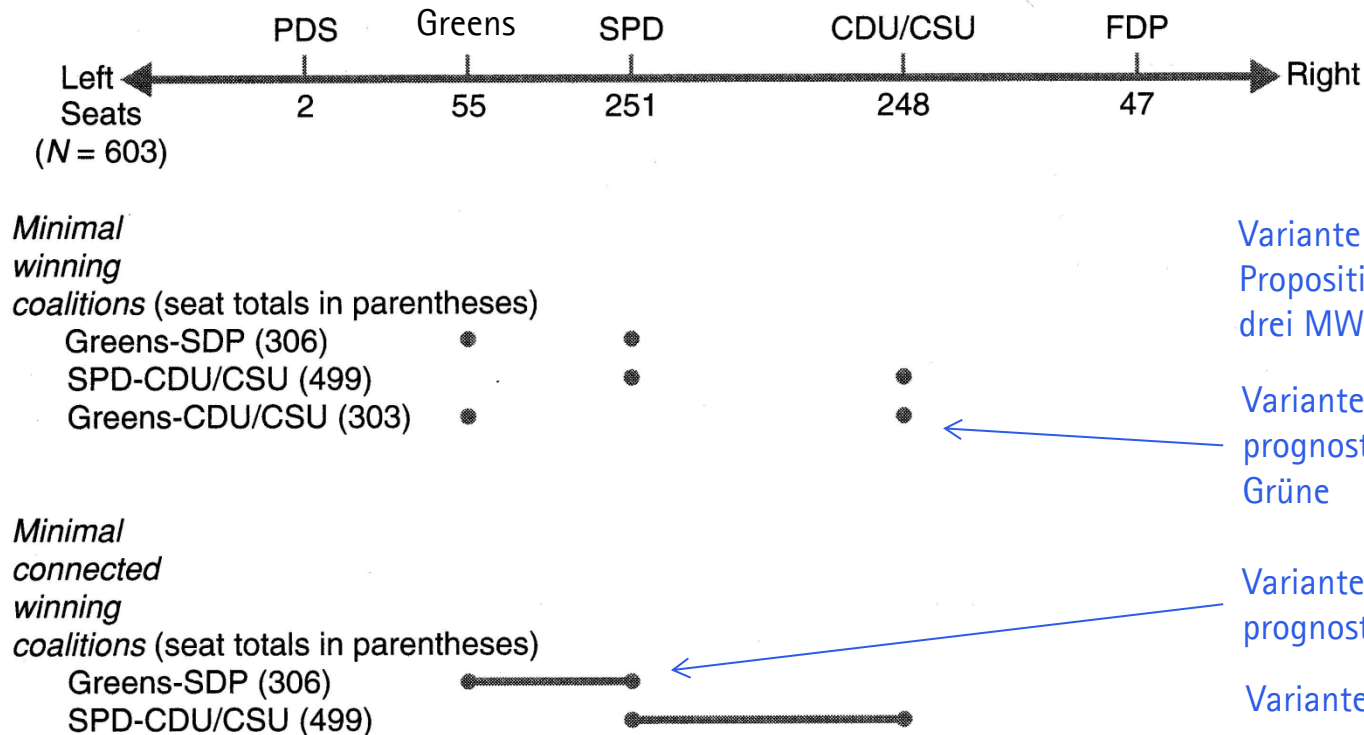
- Minimal winning (Riker): Es werden nur so viele Parteien in die Regierung geholt, wie zur Bildung einer Mehrheit (50%+1) notwendig sind
- Varianten
 - Minimal winning (Alle 50%+1 Sitz Varianten)
 - Minimum size (Sitzzahl wird minimiert) [im Buch: Least minimal winning]
 - Bargaining proposition (Parteienzahl wird minimiert)
- Mittels Machtindizes kann die Stärke von Parteien bei der Koalitionsbildung erfasst werden
 - Banzhaf
 - Shapley-Shubik
- Per se nicht erklärt werden dadurch
 - Übergroße Koalitionen
 - Minderheitsregierungen

Policy-gebundene Koalitionstheorien (2)

- Office-gebundene Theorien können auch zu Kombinationen führen, die aus ideologischen Gründen keinen Sinn machen (z.B. Die Linke – CDU)
- Deshalb werden politische Positionen zur Erklärung zusätzlich herangezogen
- Minimal Connected Winning (Axelrod 1970): es bilden sich Koalitionen von nebeneinander liegenden Parteien, die minimal winning sind
- Varianten:
 - Minimal connected winning (alle nebeneinander liegende Koalitionen mit 50%+1 Sitz)
 - Minimum Range (Minimierung des Abstandes auf der ideologischen Achse)
 - Policy Viable (Starke Parteien, die den Medianabgeordneten beinhalten, sind zentral bei der Koalitionsbildung)

Beispiel 1: Deutschland. Ein typischer Fall von Minimalgewinnkoalitionen

Party economic policy



Variante: Bargaining
Proposition prognostiziert alle drei MWC Varianten

Variante: Minimum Size
prognostiziert nur CDU/CSU-Grüne

Variante: Minimum Range
prognostiziert SPD-Grüne

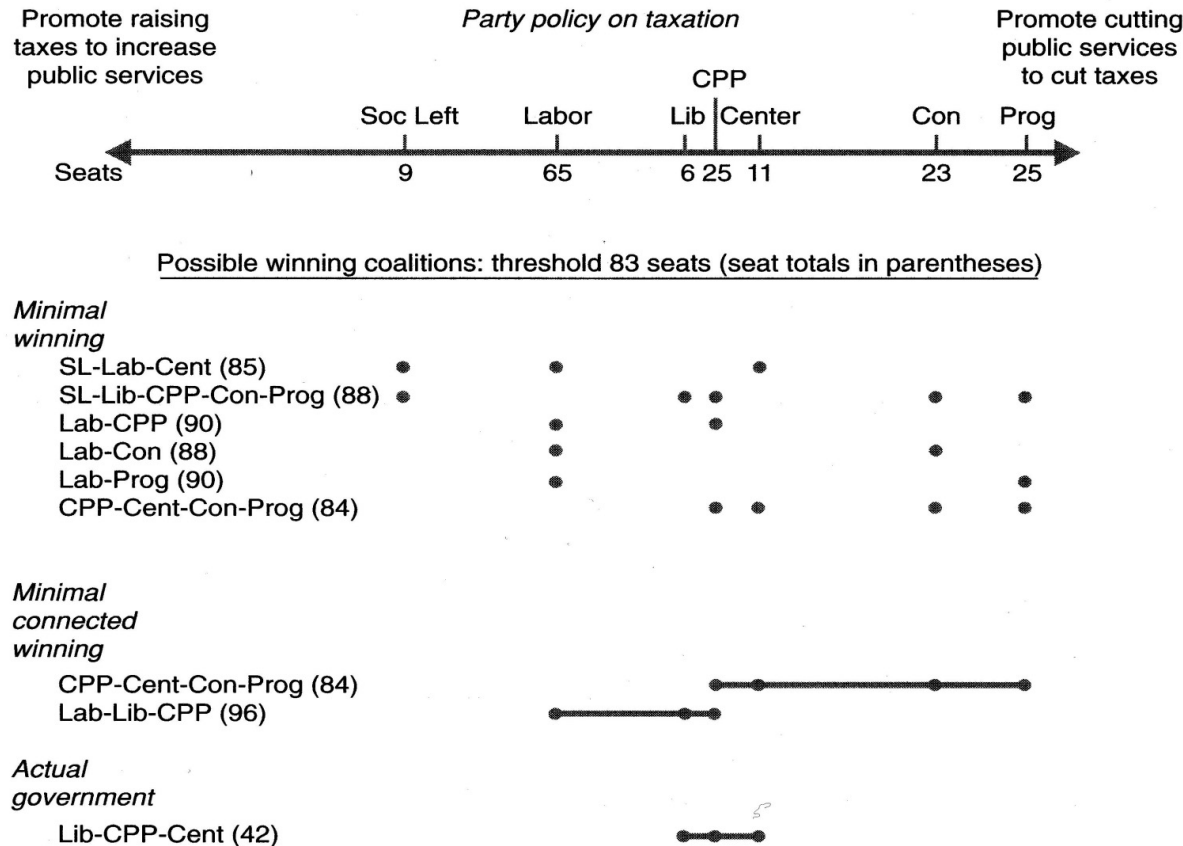
Variante: Policy Viable
prognostiziert beide MCWC Varianten

FIGURE 12.1 *Coalition Possibilities in Germany, 2002*

Actual Government: Greens-SPD

Gallager/Laver/Mair 2006: 394

Beispiel 2: Norwegen. Ein typischer Fall für Minderheitsregierungen



Koalitionstheorien erklären keine Minderheitsregierung. Erklärung des Auftretens siehe vorne.

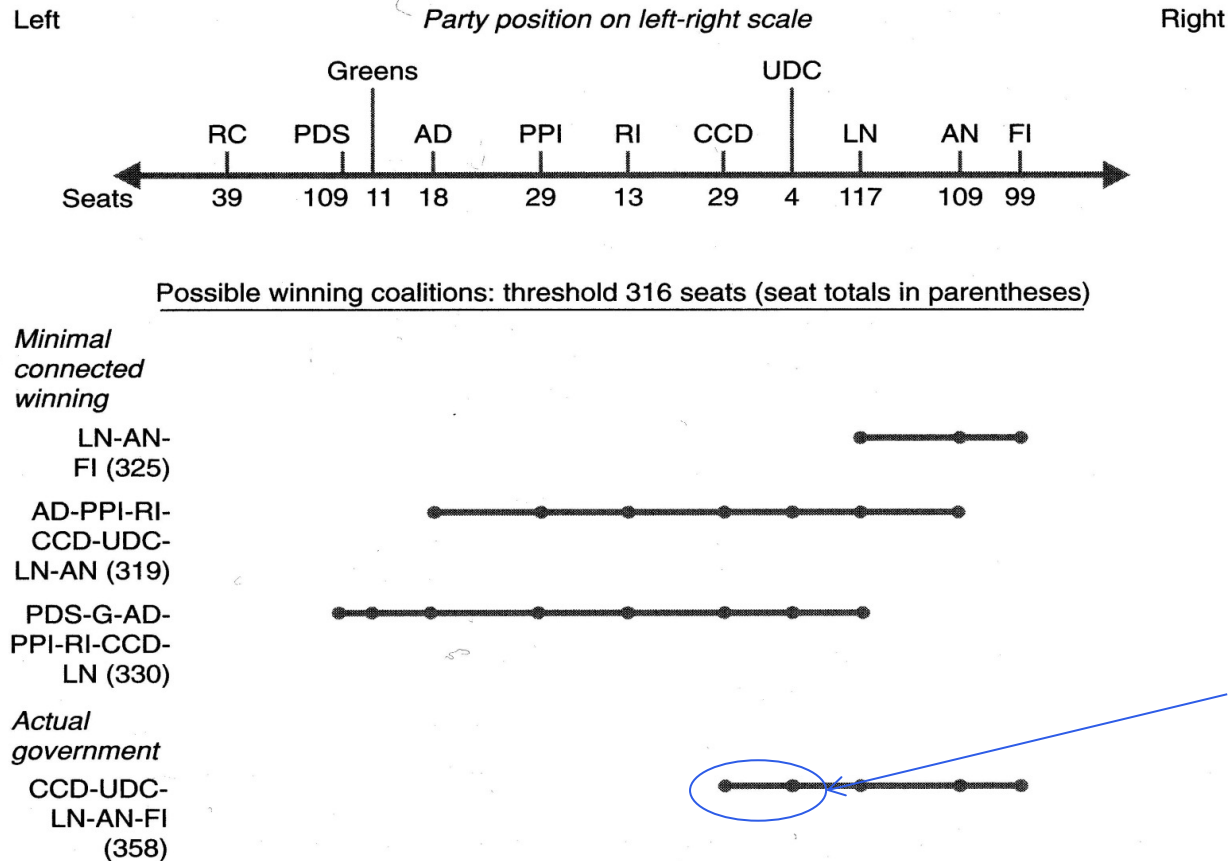
Aber dennoch Annäherung an Minimal Range Coalition bei gleichzeitiger Minimierung der Sitzzahl (Minimum Size)

FIGURE 12.2 Coalition Possibilities in Norway, 1997

SOURCE: Policy positions taken from Laver and Hunt.

Gallager/Laver/Mair 2006: 396

Beispiel 3: Italien: Ein typischer Fall von übergroßen Koalitionen



Koalitionstheorien erklären keine übergroßen Regierungen. Erklärung des Auftretens siehe vorne

Übergroßer Anteil: Zwei zusätzliche Koalitionspartner

FIGURE 12.3 Coalition Possibilities in Italy, 1994

SOURCE: De Vries et al., supplemented by Ignazi.

Gallager/Laver/Mair 2006: 398

Die Dauer der Regierungsbildung variiert erheblich über Länder und Legislaturperioden

Table 12.8

Duration of Government Formation Process after Elections, 1945–1998 (days)

Country	Minimum	Maximum	Average	N
Belgium	2	148	59.7	17
Denmark	0	35	9.4	22
Germany	23	73	36.4	14
Greece	3	19	7.5	8
Italy	11	126	47.3	14
Luxembourg	19	52	31.2	12
Netherlands	31	208	85.7	16
Norway	0	16	2.5	14
Spain	2	58	28.6	7
Sweden	0	25	5.7	17
United Kingdom	1	21	8.7	15
All	0	208	29.9	156

Notes: Data come from the Comparative Parliamentary Democracy (CPD) project (Müller and Strom 2000; Strom, Müller, and Bergman 2003) and cover governments that formed after an election between 1945 and 1998. Bargaining duration measures the number of days between the election and the day on which the new government is officially inaugurated.

Clark/Golder/Golder 2012: 493

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Eigenschaften

Regierungsbildung

Typen von Regierungen

Kabinettszusammensetzung

Regierungsstabilität

Regierungsform: Präsidentialismus

Regierungsform: Semi-Präsidentialismus

Zusammenfassung

Kabinettszusammensetzung

- Kabinettsallokation ist wichtig, weil in den Ministerien Gesetze entworfen werden und der jeweilige Fachminister Ressortverantwortung besitzt. Er besitzt also Agendasetzungsrechte
- Die Ressortverteilung hat auch starke Effekte auf die tatsächliche Politik einer Regierung (bei gegebener Parteienzusammensetzung)
- Gamson's Law bestimmt die Kabinettsverteilung: Der Kabinettsanteil einer Regierungspartei ist so hoch wie ihr Sitzanteil im Parlament

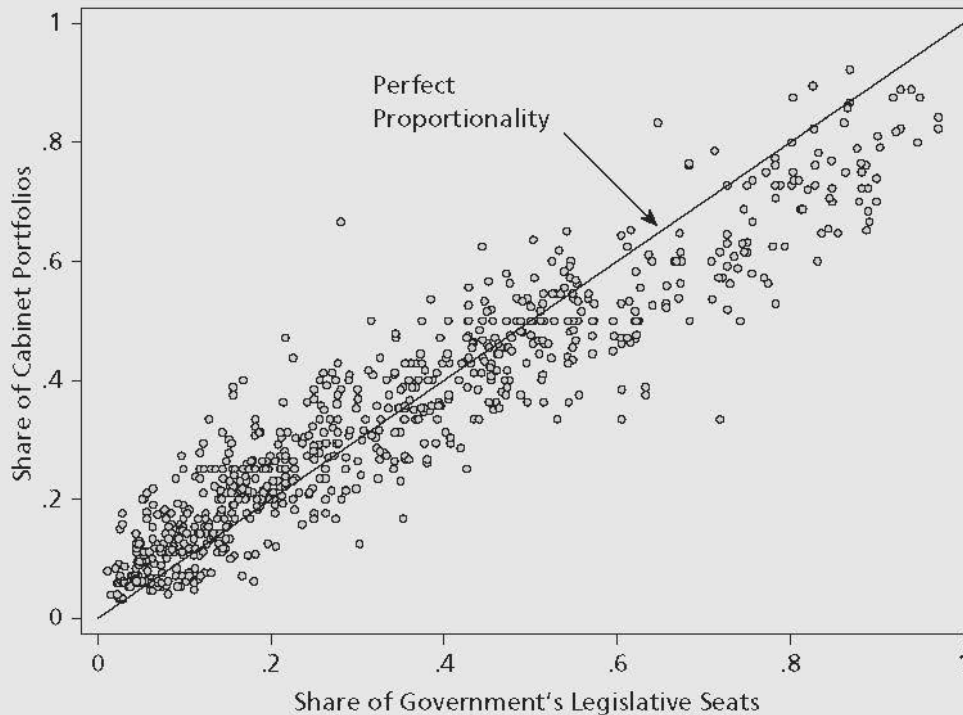
Gamson's Law am Beispiel der Wahl 1997 in Frankreich zur Nationalversammlung

Partei	Sitze	Sitzanteil	Minister	Ministeranteil
Parti Communiste Francais	37	12%	2	12%
Parti Socialiste	246	79%	12	71%
Mouvement Républicain et Citoyen	7	2%	1	6%
Parti Radical de Gauche	13	4%	1	6%
Les Verts	8	3%	1	6%

Gallager/Laver/Mair 2006: 404

Gamson's Law für Westeuropa 1945–2000

FIGURE 12.4 Portfolio Allocation in Western Europe, 1945–2000



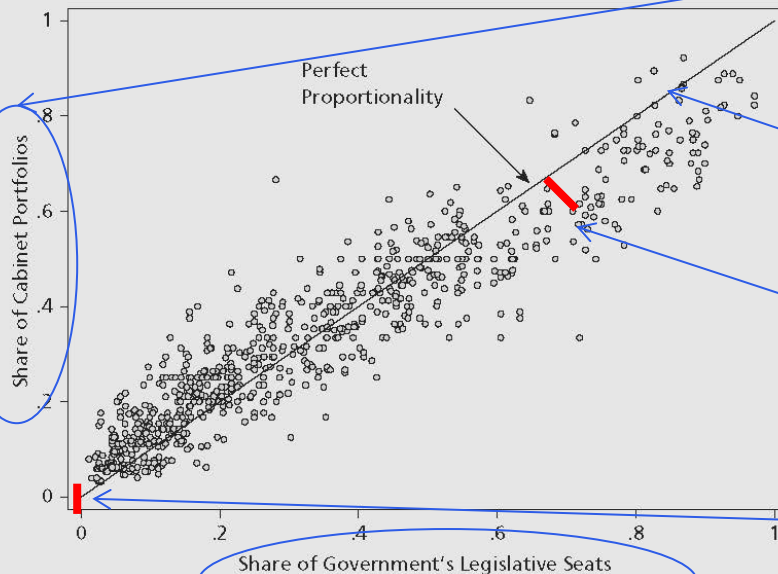
Note: Based on data from Warwick and Druckman (2006).

Clark/Golder/Golder 2012: 477

Gamson's Law: Streudiagramm Interpretation

FIGURE 12.4

Portfolio Allocation in Western Europe, 1945–2000



Abhängige Variable

Regressionsgerade (Ideallinie)
Steigung = Stärke des Zusammenhangs
(hier +1)

Standardfehler (durchschnittliche
Abweichung aller Datenpunkte
von Ideallinie)

Konstante: Schnittpunkt der
Regressionsgerade mit Y-Achse
(hier: 0)

Unabhängige Variable

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Eigenschaften

Regierungsbildung

Typen von Regierungen

Kabinettszusammensetzung

Regierungsstabilität

Regierungsform: Präsidentialismus

Regierungsform: Semi-Präsidentialismus

Zusammenfassung

Regierungsstabilität – ein praktisches Beispiel (1)

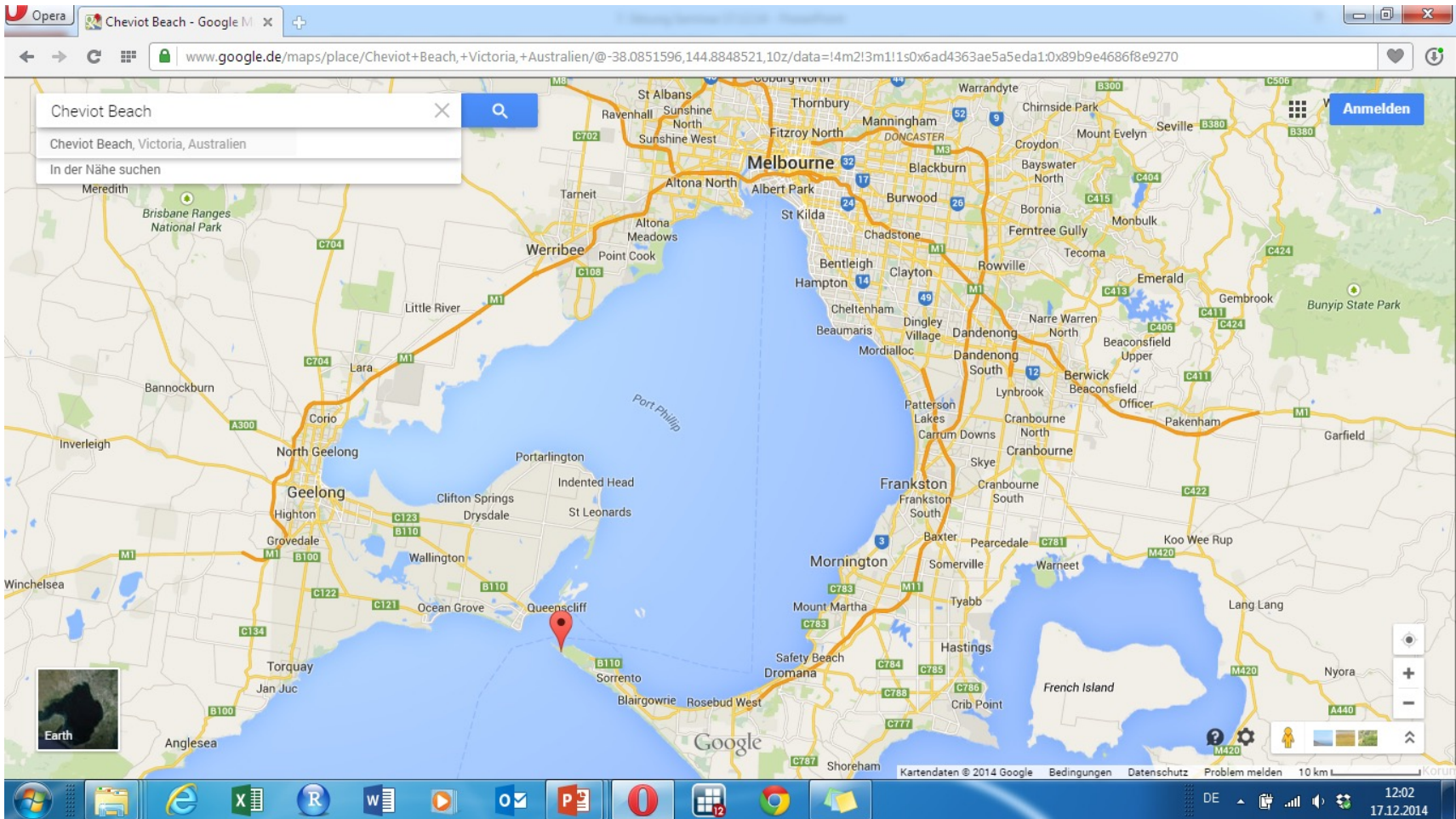


- Harold E. Holt
 - Australischer Premier
 - Liberal Party
 - 1966-1967



- Nachfolger
 - John McEwen (LP), 32 Tage Interim
 - John Gorton (LP), 1968-1971

Regierungsstabilität – ein praktisches Beispiel (2)



Regierungsstabilität – Konzeption und Messung

- Was bedeutet Regierungsstabilität bzw. Kabinettsstabilität?
Wann ist das Ende eines Kabinetts / einer Regierung gekommen?
- Mögliche Ansatzpunkte: Tausch Regierungschef, Tausch Minister, Tausch Regierungspartei, reguläres Ende der Legislaturperiode, vorgezogene Wahl etc.
- Zwei Operationalisierungsvarianten finden sich in der Literatur (z.B. Lijphart 1999)
 - Variante 1: Wechsel Regierungspartei, z.B. von CDU/FDP nach SPD/Grüne und zu CDU/SPD bzw. Tories zu Labour in Großbritannien und Status
 - Variante 2: jedes formale Ende (Ende einer Legislaturperiode, Austausch des Premiers...), z.B. Rot-Grün 1998-2002 nach 2002-2005, Übergang von Thatcher zu Major in Großbritannien

Variablen, die die Überlebensfähigkeit einer Regierung beeinflussen

- Kabinettstyp
 - Mehrheitsstatus der Regierung
 - Inhaltliche Differenzen
- Politisches Umfeld
 - Politische Krisen (Generalstreiks etc.)
 - Struktur des Parteiensystems (Hoher Fragmentierungsgrad)

Überlebensfähigkeit nach Regierungsformen in Europa (in Tagen), 1945–1998

	Minderheits- regierung	Mehrheits- regierung	Übergroße Mehrheit
Eine Partei	Einparteien- minderheitsregierung WE: 601 (3) OE: 655 (3)	Einparteien- mehrheitsregierung WE: 953 (1) OE: 682 (2)	
Koalitions- regierung	Minderheits- koalition WE: 410 (5) OE: 330 (5)	Minimalgewinn- koalition WE: 814 (2) OE: 636 (4)	Übergroße Koalition WE: 462 (4) OE: 862 (1)

WE: Westeuropa, OE: Osteuropa, Zahl in Klammer: Ranking innerhalb Gruppe

Gallagher/Laver/Mair 2006: 410

Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft

Einführungsvorlesung BM3

Freitag 8:00 – 10:00, Gebäude 1208, Hörsaal A 001 „Kesselhaus“

Kursplan (1)

1. Grundlagen der Vergleichenden Politikwissenschaft

- (1) Einführungssitzung
- (2) Methodische Grundlagen der Vergleichenden Politikwissenschaft
- (3) Handlungstheorie als Verständnisgrundlage politischen Handelns

2. Die institutionelle Struktur demokratischer Regierungssysteme

- (4) Demokratie als Grundlage politischer Systeme
- (5) Exekutive und Legislative in Parlamentarismus (1)
- (6) Exekutive und Legislative in Präsidialismus und Semi-Präsidialismus (2)
- (7) Vetopunkte: Föderalismus, zweite Kammern, Verfassungsgerichte und Direkte Demokratie

Kursplan (2)

3. Politische Akteure und deren Interessen

- (8) Wahlsysteme
- (9) Cleavages, Parteiensysteme, Interessengruppen, Kultur

4. Theoretische Konzepte der Vergleichenden Politikwissenschaft

- (10) Konsens- und Mehrheitsdemokratien
- (11) Vetopunkte und Vetospieler

5. Prüfungen

- (12) Modulabschlussklausur BM3

Worum es heute geht

- Clark, William R./Matt Golder/Sona Golder, 2013: Principles of Comparative Politics, Los Angeles: Sage, Chapter 12: Parliamentary, Presidential and Semi-Presidential Democracies, 457-534
- Polen. Opposition aus dem Präsidentenpalast, FAZ, 23.10.2007
 - Warum kann der polnische Präsident versuchen, Einfluss auf die Besetzung von Außen- und Verteidigungsminister zu nehmen? Wer ist der konkurrierende Akteur?
 - Wem steht dieses Recht in einem parlamentarischen System zu?
- Verwaltungsstillstand in Amerika. Mitte Oktober droht die Zahlungsunfähigkeit, FAZ, 1.10.2013
 - Warum legt der Kongress die Finanzierung der Regierung lahm?
 - Ist dies auch in einem parlamentarischen System zu erwarten?

Exekutive und Legislative in Präidentialismus und Semi-Präidentialismus

Lernziele der Vorlesung:

1. Kenntnis der Abgrenzung der drei Grundtypen demokratischer Regierungen
2. Kenntnis der Theorien zu Regierungsbildung und –stabilität in parlamentarischen Systemen
3. Kenntnis der Theorien zu Regierungsbildung und –stabilität in präsidentiellen Systemen
4. Kenntnis der Besonderheiten von semi-präsidentiellen Systemen

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Regierungsform: Präsidentialismus

- Eigenschaften

- Regierungsbildung

- Typen von Regierungen

- Kabinettszusammensetzung

- Regierungsstabilität

Regierungsform: Semi-Präsidentialismus

Zusammenfassung

Churchill zu Roosevelt

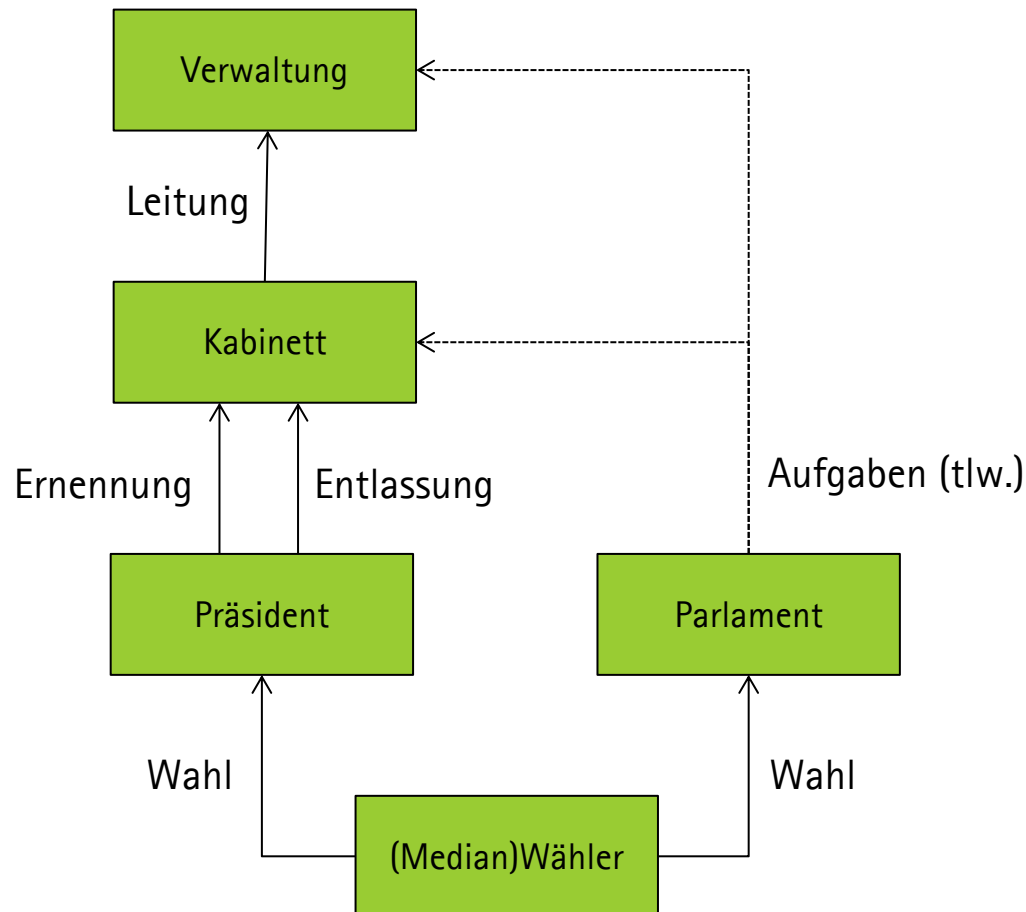
You, on the one hand, have never to worry about the support of your Cabinet but always about the support of Congress, while I, on the other hand, have never to worry about the support of the Parliament but constantly worry about the support of my Cabinet

Norton 2000

Idealtyp des Präsidialismus

- Zwei grundlegende Kriterien
 - (1) Der Chef der Exekutive ist ein direkt oder quasi-direkt gewählter Präsident
 - (2) Die Amtszeiten des Chefs der Exekutive und der legislativen Versammlung sind fixiert, es gibt kein Vertrauensverhältnis zwischen Exekutive und Legislative
- Kombination dieser Kriterien führen zu zwei unabhängigen Agenten, die bei der Gesetzgebung miteinander verhandeln müssen: Gewaltenteilung (separation of powers)

Delegationskette im präsidentiellen System



Mitwirkung des Präsidenten in der Gesetzgebung

- In der Regel hat der Präsident keine Antragsrechte im Parlament, da Exekutive und Legislative getrennt sind
- Ihm stehen jedoch einige Instrumente der Mitwirkung in der Gesetzgebung zur Verfügung
 - Dekrete: haben Gesetzesrang, bedürfen jedoch einem Parlamentsgesetz als Ermächtigungsgrundlage
 - Dekretgesetze: haben den gleichen Rang wie Parlamentsgesetze
 - Vetorechte: Ein Veto verhindert, dass ein Gesetzentwurf des Parlamentes (bill) in ursprünglicher Form in Kraft tritt und zum Gesetz wird (law)
 - block veto: Veto gegen das gesamte Gesetz
 - pocket veto: Gesamt veto durch unterlassene Handlung des Präsidenten
 - line item veto: Einzlene Paragraphen können gestrichen werden
 - amendatory veto: Es können Ergänzungen vorgenommen werden

Regierungsbildung und Regierungstypen im Präsidialismus (1)

- Die Regierung besteht in einem präsidentiellen System aus dem Staatsoberhaupt und seinem Kabinett. Das Staatsoberhaupt repräsentiert den Staat und ist zugleich der Regierungschef
- Wichtig: In präsidentiellen Systemen fallen also Kabinettskoalition (parteipolitische Besetzung des Kabinettes) und Gesetzgebungscoalition (Mehrheit im Parlament) auseinander, während sie im parlamentarischen System eine Einheit bilden
- Es ist nicht funktionslogisch notwendig, dass der Präsident eine Mehrheit im Parlament hat. Es handelt sich um das konträre Modell zum Efficient Secret (Bagehot).

Regierungsbildung und Regierungstypen im Präsidialismus (2)

- Dennoch braucht der Präsident eine Mehrheit im Parlament für sein Gesetzgebungsprogramm
- Dennoch bestehen starke Anreize, eine halbwegs stabile Kabinettskoalition zu bilden, insbesondere, wenn der Präsident nur geringe Dekret- und Vetorechte hat. Er braucht also eine implizite Parlamentsmehrheit
- Die Anreize sind jedoch weniger stark als in parlamentarischen Systemen: Minderheitsregierungen treten in 46% der Fälle auf in präsidentiellen Systemen (statt 33% in parlamentarischen Systemen)

Regierungsbildung und Regierungstypen im Präsidentialismus (3)

Table 12.10 Government Types in Presidential Systems (late 1970s–2000)

Country	Single party majority	Majority coalition	Single party minority	Minority coalition	Total
Argentina	1	0	3	2	6
Bolivia	0	4	1	3	8
Brazil	0	11	0	4	15
Chile	0	5	0	0	5
Colombia	0	10	1	0	11
Costa Rica	3	0	3	0	6
Ecuador	0	1	4	15	20
Mexico	2	0	0	0	2
Panama	0	3	0	4	7
Peru	2	4	1	2	9
United States	2	1	2	0	5
Uruguay	0	6	0	0	6
Venezuela	1	1	3	1	6
Total	11	46	18	31	106

Source: Data are from 10% 43% 17% 29% 100%

Clark/Golder/Golder 2012: 502

Kabinettszusammensetzung im Präidentialismus (1)

- Prääsidentielle Kabinette beinhalten einen deutlich höheren Anteil von Ministern, die keiner Partei angehören als in parlamentarischen Systemen (ca. 29% zu 2%)
- Prääsidentielle Kabinette sind deutlich weniger proportional bei der Verteilung von Kabinettsposten über Parteien der legislativen Koalition als parlamentarische Systemen (65% zu 90%)
- Prääsidentielle Kabinette weisen aber trotzdem bei beiden Eigenschaften eine sehr große Varianz auf

Kabinettszusammensetzung im Präsidentialismus (2)

Table 12.12 Government Composition in Presidential Systems (late 1970s–2000)

Country	Average percentage of nonpartisan ministers	Average proportionality of cabinet portfolio allocation [†]
Argentina	7.2	0.89
Bolivia	20.5	0.73
Brazil	46.9	0.50
Chile	6.7	0.85
Colombia	5.6	0.87
Costa Rica	1.8	0.98
Ecuador	65.3	0.27
Mexico	3.6	0.96
Panama	17.8	0.71
Peru	40.8	0.54
Uruguay	1.5	0.77
United States	0	0.91
Venezuela	43.7	0.56
Total	29.2	0.64

Source: Data are from Amorim Neto (2006).

Note: [†]The proportionality of cabinet portfolio allocation refers to the extent to which government parties receive the same percentage of cabinet posts as the percentage of seats they provide to the government majority.

Clark/Golder/Golder 2012: 505

Regierungsstabilität im Präidentialismus

- Die Amtszeit des Präsidenten ist in der Verfassung fixiert
- Es kommt in einem stabilen System nur zu einem vorzeitigen Ende durch Amtsverzicht, Amtsenthebung oder Tod

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Regierungsform: Präsidentialismus

Regierungsform: Semi-Präsidentialismus

- Eigenschaften

- Regierungsbildung

- Typen von Regierungen

- Kabinettszusammensetzung

- Regierungsstabilität

Zusammenfassung

Verhältnis Staatsoberhaupt und Regierungschef/Kabinet

- Die bisher eingeführt Unterteilung hat auf das Verhältnis Regierung und Parlament fokussiert, ging jedoch von einer einheitlichen Exekutive aus
- In parlamentarischen Systemen wurde die Rolle des Staatsoberhauptes nicht berücksichtigt
 - Das Staatsoberhaupt wird vom Parlament gewählt
 - Das Staatsoberhaupt ist teilweise nicht gewählt, sondern ein Monarch in einer repräsentativen Demokratie
 - Die Aufgaben sind überwiegend zeremoniell („Staatsnotar“, „Royal Assent“)
- Aber: Es finden sich auch Länder, die ein direkt gewähltes Staatsoberhaupt haben mit, welches auch über repräsentative Aufgaben hinaus gehende Funktionen hat

Semi-Präsidentialismus (1)

- Maurice Duverger (1980) A New Political System Model: Semi-
Presidential Government
- „Semi-Präsidentialismus“
 - Vorbild: V. Französische Republik (1959/1981)
- Definition über 3 Kriterien
 1. Es gibt es einen Regierungschef und ein Kabinett, die von der
Parlamentsmehrheit abhängig sind
 2. Es gibt einen direkt gewählten Präsidenten
 3. Der Präsident hat laut Verfassung „erhebliche“ Kompetenzen

Cohabitation und Domaine réservé – der Fall Frankreich

- *Cohabitation* bedeutet, dass der Präsident und die Mehrheit im Parlament (und damit Premier und Kabinett) unterschiedlichen Parteien angehören.
- Damit ist die Exekutive (bestehend aus Präsident, Premier und Kabinett) gespalten
- *Domaine réservé* bezeichnet Aufgaben, die auch bei einer *Cohabitation* beim Präsidenten verbleiben: Außenpolitik und Sicherheitspolitik
- De facto handelt es sich bei der *domaine réservé* eher um eine *domaine partagé* (z.B. Europäische Union)

Semi-Präsidentialismus (2)

- Bei Steffani (1979) spielt diese Unterscheidung keine Rolle, da das Wahlverfahren keine Rolle spielt
- Bei Lijphart (1984) werden diese Systeme entweder als präsidentiell oder als parlamentarisch klassifiziert, in Abhängigkeit von der Mehrheitskonstellation (Cohabitation)

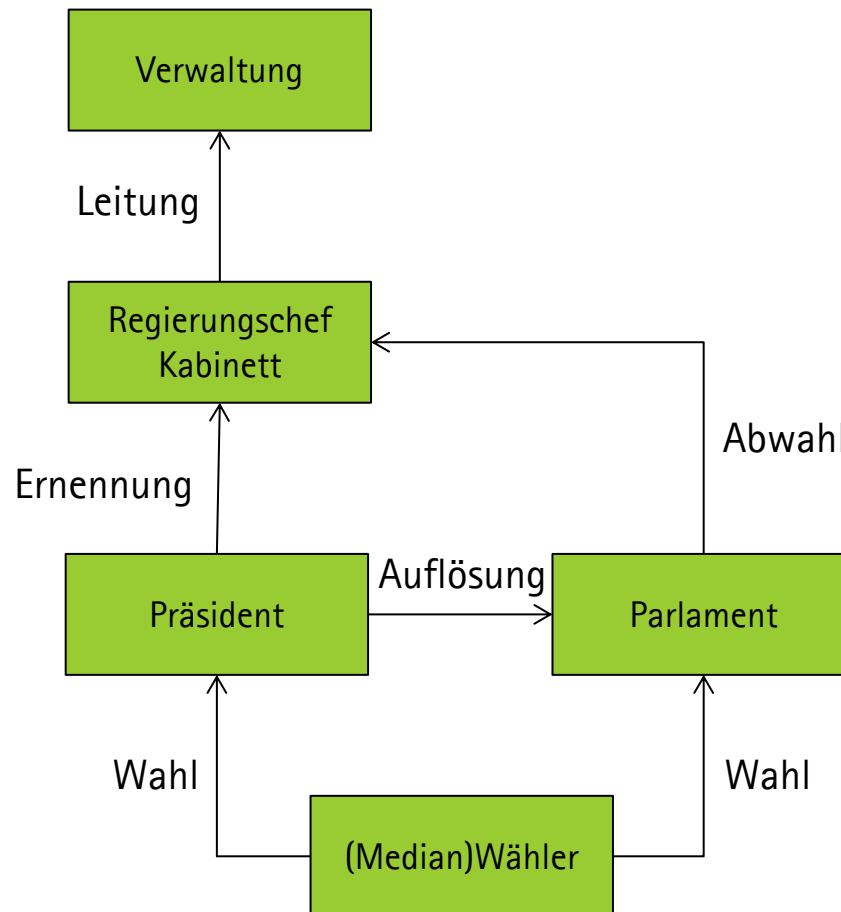
Semi-Präsidentialismus (3)

- Problem bei Duverger: Das Konzept „erhebliche“ Kompetenzen ist nicht klar. Es gibt keinen Konsens über die Operationalisierung
- Beispiele wichtiger Kompetenzen:
 - Entlassung der Regierung
 - Parlamentsauflösung
 - Vetorecht
- Fast alle Systeme mit direkt gewählten Präsidenten werden in der Regel auch als „semi-präsidentiell“ klassifiziert
- Einfachste und breiteste Definition von Semi-Präsidentialismus deshalb: (1) Direkt gewählter Präsident bei (2) gleichzeitiger Abberufbarkeit der Regierung durch das Parlament

Semi-Präsidentialismus (4)

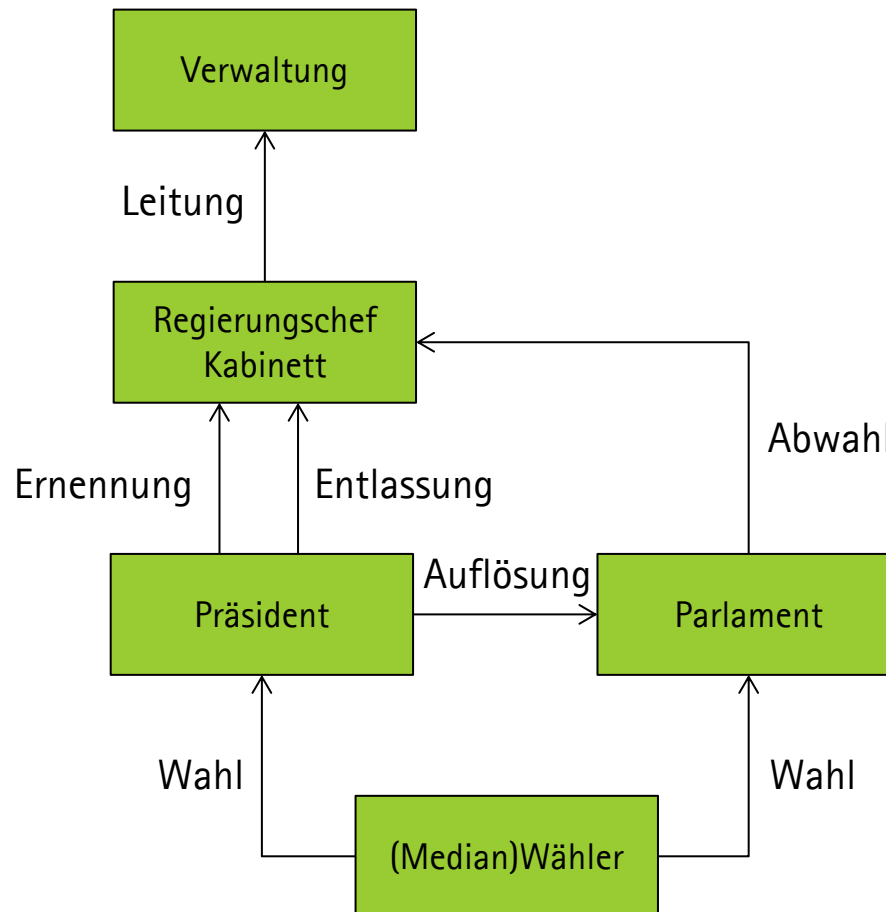
- Shugart/Carey (1992): Presidents and Assemblies, Cambridge, Cambridge University Press
- Es gibt Vorschläge, semi-präsidentielle Systeme weiter zu unterteilen
 - Premier-präsidentielle Systeme: Der Premier und sein Kabinett werden vom Präsidenten ernannt, können aber nur vom Parlament durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden
 - Präsidentiell-parlamentarische Systeme: Der Premier und sein Kabinett werden vom Präsidenten ernannt und können vom Präsident entlassen wie auch vom Parlament durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden

Delegationskette im semi-präsidentiellen System (1) Premier-präsidentiell (z.B. Frankreich V)



Delegationskette im semi-präsidentiellen System (2)

Präsidentiell-parlamentarisch (z.B. Weimar)



Variation über semi-präsidentielle Systeme (1)

Table 1 Formal inter-branch relations in semi-presidential systems

<i>Country</i>	<i>Presidential initiative to name PM</i>	<i>Presidential discretion to dismiss PM</i>	<i>Does cabinet form without investiture^a</i>	<i>Restrictions on vote of no confidence^b</i>	<i>Presidential discretion to dissolve assembly</i>	<i>Dissolution after assembly (in)action^c</i>	<i>Presidential veto (override)</i>
<i>Premier-presidential systems</i>							
France	Y	N	Y	N	Y (1 per year)	—	N
Burkina Faso	Y	N	Y	N	Y	—	N
Sri Lanka	Y	N	Y	N	Y	—	N
Mali	Y	N	Y	N	Y (1 per year)	—	N
Senegal	Y	N	Y	N	N	Y	Y (3/5)
Portugal	Y	N	N	N	Y	—	Y (50% + 1; specified bills 2/3)
Romania	Y	N	N	N	N	Y	N
Slovakia	Y	N	N	N	N	Y	N
Poland	Y	N	N	N	N	Y	Y (3/5)
Mongolia	Y	N	N	N	N	N	Y (including item veto; 2/3)
Macedonia	Y	N	N	N	N	N	Y (50% + 1)
Lithuania	Y	N	N	N	N	Y	Y (50% + 1)
Niger	N	N	—	N	Y (1 per 2 years)	—	Y (50% + 1)
Bulgaria	N	N	—	N	N	N ^d	Y (50% + 1)
Madagascar	N ^e	N	—	N	N	N	N
Ukraine 2006	N ^f	N	—	N	N	Y ^g	Y (2/3)
<i>President-parliamentary systems</i>							
Germany/Weimar	Y	Y	Y	N	Y	—	N
Austria	Y	Y	Y	N	Y	—	N

Variation über semi-präsidentielle Systeme (2)

Country	Presidential initiative to name PM	Presidential discretion to dismiss PM	Does cabinet form without investiture ^a	Restrictions on vote of no confidence ^b	Presidential discretion to dissolve assembly	Dissolution after assembly (in)action ^c	Presidential veto (override)
Namibia	Y	Y	Y	N	Y (triggers new pres. election)		Y (2/3)
Mozambique	Y	Y	Y	N	N	Y	Y (2/3)
Armenia	Y	Y	N	N	Y (1 per year)	—	N
Peru	Y	Y	N	N	N	Y	Y (50% + 1)
Russia	Y	Y	N	Y	N	Y	Y (2/3)
Ukraine 1996	Y	Y	N	Y	N	Y ^g	Y (2/3)
Georgia	Y	Y	N	Y	N	Y	Y (3/5)
Taiwan	Y	Y	Y	Y	N	Y	Y (50% + 1)

Y, yes; N, no

Within each category, the ‘paradigmatic’ case is listed first, and then countries are grouped in clusters ordered roughly by overall agreement with the basic regime type, in descending order.

Source: Author’s coding of constitutions from <http://confinder.richmond.edu/>; except Niger (<http://droit.francophonie.org/doc/html/ne/con/fr/1999/1999dfneco1.html>); Taiwan (Noble, 1999); and Ukraine 2005 (Christensen *et al.*, 2005).

^aDeemed inapplicable in terms of an increment of presidential authority if president does not initiate the naming the PM.

^bMeaning that president may ignore a vote of no confidence or the assembly is restricted as to when it may initiate such a vote.

^cDeemed inapplicable if president has discretion to dissolve independent of assembly (in)action.

^dDissolution is automatic in the event a government cannot be formed.

^eIf assembly fails to elect or approve the program of a government, the president appoints a prime minister who cannot be subject to a no-confidence vote till next ordinary session.

^fPresident retains initiative on ministers of defense and foreign affairs.

^gAlso restricted to once per year.

Shugart 2005: 336f

Semi-präsidentielle Systeme in der Europäischen Union

Westeuropa

- Frankreich
- Portugal
- Österreich
- (Island)

Mittel- und Osteuropa

- Rumänien
- Slowakei
- Polen
- Litauen
- Bulgarien
- Kroatien

Regierungsbildung, Regierungstypen, Kabinettszusammensetzung und Regierungsstabilität

- Regierungsbildung, Regierungstypen, Kabinettszusammensetzung und Regierungsstabilität sind bei semi-präsidentiellen Systemen abhängig vom Subtyp, also premier-präsidentiell bzw. präsidentiell-parlamentarisch
- Premier-präsidentielle Systeme funktionieren analog zu parlamentarischen Systemen und werden typischerweise empirisch auch in dieser Gruppe mitanalysiert
- Über präsidentiell-parlamentarische Subtypen ist nur wenig bekannt. Es scheint aber, dass diese effektiv weder vollständig wie parlamentarische, noch vollständig wie präsidentielle Systeme funktionieren

Struktur der Vorlesung

Das Verhältnis von Staatspräsident, Regierung und Parlament

Regierungsform: Parlamentarismus

Regierungsform: Präidentialismus

Regierungsform: Semi-Präidentialismus

Zusammenfassung

In welchem Verhältnis stehen Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament?

- Bisher gibt es keine abschließende und einheitliche Klassifikation möglicher Systemtypen, die die üblichen Kriterien einer Klassifikation erfüllt
- Gängige Unterscheidungen
 - Parlamentarismus
 - Präsidentialismus
 - Semi-Präsidentialismus
 - Präsidentiell-parlamentarisch
 - Premier-präsidentiell
 - Sonderfälle: Versammlungsunabhängige Systeme (Schweiz) und direktwahl-parlamentarische Systeme (Israel 1996-2003)

Die Systemlogik des Parlamentarismus

- Bei Parlamentarismus eine relativ generelle „Systemlogik“ herausarbeiten
- Ausgangspunkt ist das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlament
- Vertrauensverhältnis hat drei wichtige Aspekte
 - (1) Test des Vertrauens bei Amtsantritt der Regierung (Investiturabstimmung)
 - (2) Test des Vertrauens auf Initiative des Parlaments hin (Misstrauensvotum)
 - (3) Test des Vertrauens auf Initiative der Regierung hin (Vertrauensfrage)

Die Systemlogik des Präsidentialismus

- Bei präsidentiellen Systemen ist eine einheitliche Logik schwerer zu bestimmen
- Grund dafür ist die Unabhängigkeit von Parlament und Exekutive, das Verhalten der Akteure im Binnenverhältnis kann also variieren
- Gefahr von Blockaden zwischen Exekutive und Legislative im Falle von „divided government“ → „deadlock“, „gridlock“, „stalemate“
- Achtung: USA wird häufig als „typisches“ präsidentielles System angesehen (z.B. Lehner/Widmeier), das ist es aber nicht → Lateinamerika

Die Systemlogik des Semi-Präsidentialismus

- Mangel einer einheitlichen Systemlogik gilt für Semi-Präsidentialismus noch stärker als für Präsidentialismus
- Nicht nur unterschiedliche verfassungsrechtliche Ausgestaltung dieser Systeme, sondern auch unterschiedliche Interpretationen und Verhaltensgleichgewichte
- Beispiel (vgl. Cheibub 2006: Anhang 2.2)
 - Verfassungen der Weimarer Republik (1919), Islands (1944) und der V. Französischen Republik (1958) sehr ähnlich
 - Politikmuster aber sehr unterschiedlich → Island in der Praxis völlig parlamentarisch, Weimar und Frankreich stärker präsidentiell, aber auch sehr unterschiedlich, Frankreich aber stark variierend in Abhängigkeit von Cohabitation

Länderprofile

Land	System	Wahl Staatsoberhaupt	Wahl Regierungschef	Abwahl Regierungschef	Auflösung Parlament
DEU	Parlamentarisch	Indirekte Wahl 5 Jahre Einmalige Wiederwahl	Wahl Bundestag absolute Mehrheit	Konstruktives Misstrauensvotum	Keine Selbstauflösung Bundespräsident nach Bitte Bundespräsident nach verllorener Vertrauensfrage
CH	Versammlungs- unabhängig	Kollegiale Regierung und Staatsoberhaupt Wahl auf 4 Jahre durch beide Kammern	Siehe Staatsoberhaupt	Keine Abwahl	Keine Auflösung
AUS	Premier- Präsidentiell	Direktwahl 6 Jahre Einmalige Wiederwahl	Ernennung durch Staatsoberhaupt	Konstruktives Misstrauensvotum	Selbstauflösung Staatsoberhaupt Volksabstimmung

Länderprofile

Land	System	Wahl Staatsoberhaupt	Wahl Regierungschef	Abwahl Regierungschef	Auflösung Parlament
USA	Präsidentiell	Direktwahl 4 Jahre Einmalige Wiederwahl	Siehe Staatsoberhaupt	Keine Abwahl Nur Amtsenthebung	Keine Auflösung
UK	Parlamentarisch	Monarch Geburt	Staatsoberhaupt	Einfaches Misstrauensvotum Verlorene Vertrauensfrage	Regierungschef nach Verlust Vertrauensfrage
FR	Premier- Präsidentiell	Direktwahl 5 Jahre Einmalige Wiederwahl	Ernennung durch Staatspräsident Unvereinbar mit Parlamentsmandat	Einfaches Misstrauensvotum Verlorene Vertrauensfrage Neuwahl	Staatspräsident

Mögliche Klausurfragen (1) (Exekutive/Legislative)

- Nennen Sie die drei Kriterien semi-präsidentieller Systeme nach Duverger
- Berechnen Sie für nachstehendes Beispiel aus 5 Parteien mit gegebener Sitzzahl die mögliche minimal winning und minimal connected winning Koalitionen
- Was sind die grundlegenden Kriterien, die ein ideales parlamentarisches/präsidentielles System kennzeichnen? Zeichnen Sie die Delegationskette für Wähler, Parlament und Regierung auf
- Um welchen Typus an System handelt es sich bei der Weimarer Republik nach Shugart/Carey? Begründen Sie kurz.
- Was sind die grundlegenden Eigenschaften einer Klassifikation?

Mögliche Klausurfragen (2) (Exekutive/Legislative)

- Ordnen Sie in nachstehender Tabelle die fehlenden Begriffe zu Minderheit/Mehrheit/Supermajorität – Eine Partei/Koalition
- Definieren Sie kurz Gamson's Law
- Interpretieren Sie in nachstehender Regressionstabelle die Ergebnisse. Welche Variablen haben einen signifikanten positiven Einfluss auf das auftreten von (der abhängigen Variable)
- Was sind die klassischen Handlungsmotive von Politikern?
- Welche Variablen erhöhen die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Minderheitsregierungen?
- Was ist Agency Loss? Erläutern sie anhand des Modells unten
- Berechnen Sie die Government Duration für nachstehendes Beispiel

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit